

Skandalöse linke Angriffe auf die Meinungs- und Versammlungsfreiheit

Von Peter Helmes

Der Boykott der Linkspopulisten in München und Nürnberg

Was derzeit vor allem in München und Nürnberg von Linkspopulisten gutherrenmenschlicher Art praktiziert wird, übersteigt jedes Maß des Erträglichen. Da werden Menschen, die nicht der linken Einheitsmeinung zujubeln, existenziell gefährdet und vom linken Mob angegriffen. Sie rasten nicht eher, als bis sie wieder einen „Rechtspopulisten“ zur Strecke gebracht haben.

Beispielhaft die Geschehnisse um das Restaurant Casa Mia, über die wir mehrfach berichtet haben.

Die bewunderte und seit vielen Generationen bewährte Liberalitas Bavariae ist längst zu Grabe getragen. Diese Liberalitas stand für die Freiheit Bayerns, für bayerische Freizügigkeit und die freiheitliche Gesinnung der Bayern. Sie bedeutete Weltoffenheit, Toleranz und Großherzigkeit. Kurz: Liberalitas Bavariae bezeichnete gleichsam den Grundzug der Bayern: **leben und leben lassen!**

Heute herrscht hingegen offener Meinungsterror. Es ist mir unbegreiflich, daß selbst die Münchner CSU an einem „Breiten Bündnis“ vornehmlich linker Salonsozialisten und Linkspopulisten mitwirkt, ohne daß die Parteiführung von der Basis davongejagt wird. Es gibt keinen „Aufstand der Bürgerlichen“.

Man stelle sich einmal vor, alle die Gastwirte, die nichts mit „links“ am Hut haben – und das dürfte wohl die Mehrheit sein – würden ein Schild an der Eingangstür anbringen mit dem fettgedruckten Text: „Linkspopulisten nicht erwünscht“. Was wäre in Deutschland los? Leicht zu raten: Von Verfassungsschutz über Kirchen, Parteien und Gutmensch-Organisationen bis hin zur Antifa wären diese Gastwirte und ihre Einrichtung nicht mehr sicher. Es würde offen zum Boykott aufgerufen – natürlich ohne daß die Staatsanwaltschaft eingriffe. Und abends erleuchteten Fackeln und Kerzen den „Zug der anständigen Geister“, die gegen die „faschistischen“ und „rechtspopulistischen“ Wirte aufbegehren würden...

Nun hat der Meinungsterror auch nach Nürnberg übergegriffen. Wenn Sie den folgenden Artikel von „floydmasika“ gelesen haben, werden auch Sie mit Recht um die Achtung demokratischer Grundregeln unseres Landes bangen müssen:

Breites Bündnis gegen Gastronomen in Nürnberg

von floydmasika

In Nürnberg konnte die AfD einen Saal in der [Lederer Kulturbrauerei](#) trotz heftiger Repressalien eines vom SPD-Milieu geführten „Breiten Bündnisses“, bei dem militante Schlägertrupps mitwirkten, immer wieder [mieten](#), wohingegen die durch Mobbing und verfassungsfeindliche Aktivitäten glänzende SPD dort nicht mehr ganz so willkommen sein soll.

Das „Breite Bündnis“ eskaliert seine Nürnberger Kampagne in diesen Tagen. Nachdem die Traditionsbrauerei Tucher öffentlich gedemütigt und scheinbar auf Kurs gebracht wurde, richtet sich die Feuerkraft der vereinigten Kirchen, Gewerkschaften, Wohltäterverbände, Gemeinden, Medien und Besten der Guten jetzt auf die Nürnberger Sektion des [Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes](#), die nicht so wie die Münchner Sektion spürt.

Die [Brauerei Tucher](#) zeigte sich zunächst standhaft: "Wir sind politisch neutral". Doch die "[Allianz gegen Rechtsextremismus der Metropolregion Nürnberg](#)", fordert von der [Lederer Kulturbrauerei](#) (Wirt Krestel) Hausverbot für die AfD. Ein pseudohumanitärer Mob sorgt im Netz für Rufschädigung/Abwertung des Lokals, dies womöglich mit [Erfolg](#).

Die eingebettete Presse [berichtet](#) über die vom Vorsitzenden der Allianz (und zugleich des DGB in der Region) [Stephan Doll](#) geleitete massive [Kampagne](#):

Doll schrieb im Februar nicht nur an Krestel, sondern auch an Tucher-Chef Fred Höfler. ... Laut Doll habe ihm Höfler zugesichert, dass Tucher fortan seinen Pächtern empfiehlt, keine Rechten reinzulassen. Mit einem solchen Rundbrief von Tucher könnte die Initiative "Kein Platz für Rassismus" endlich Breitenwirkung entfalten, hofft Doll.

Jene Initiative nennt 140 Gemeinden und 148 Organisationen der "Metropolregion Nürnberg" ihre Mitglieder. Das Vorgehen ähnelt dem in München: Man verbreitet in den Zeitungen Gerüchte über ein Einknicken des Gegenübers, die unwidersprochen bleiben, und hofft, damit Fakten zu schaffen.

Auf Facebook sind die Seiten der [Traditionsbrauerei Tucher](#) und der [Kulturbrauerei Lederer](#) im Moment heiß umkämpft. Patrioten schimpfen über ein Einknicken des Tucher-Geschäftsführers Höfler, von dem die Buntpresse im Tagesakt Neues berichtet, zuletzt etwa [hier](#).

Umgekehrt ziehen Bunte gegen Lederer vom Leder, weil der Wirt die AfD nach wie vor bewirten will. Krestel sei CSU-Mitglied und daher gar nicht so unpolitisch, droht man. Die CSU ist schließlich in den Breiten Bündnissen eingebunden. Sie war schon seit Zeiten von FJS mit von der Partie, wenn es darum geht, unkontrollierte politische Formationen, die um Stimmen von CSU-Wählern buhlen könnten, in die rechte Ecke zu stellen ("Rechts von uns nur die Wand"). In der Buntpresse ist zu lesen, Krestel bewirte zwar noch die AfD aber nicht Nügida, denn bei denen sei ein Rechtsextremer dabei. Höfler wiederum halte wenig von kontroversen rechten Parteiveranstaltungen und wolle seine Vertragspartner mit Ratschlägen im Sinne des Breiten Bündnisses anschreiben. Renitent sei bisher noch die Nürnberger Abteilung des DEHOGA, die, anders als etwa die von Dr. Miriam Heigl bearbeitete Münchner Abteilung, das Thema trotz wiederholter Aufrufe nicht auf die Tagesordnung gesetzt habe. Das „Breite Bündnis“ macht die Öffentlichkeitsarbeit der Gastronomen, und diese schweigen.

Miriam Heigl hat im Namen der Stadt München den Löwenbräuwirt Christian Schottenhamel und mit ihm DEHOGA München eingespannt

Die Gastro-Mobber des Breiten Bündnisses und ihre Freunde argumentieren stets damit, dass ein Gastwirt nicht jeden Gast bewirten müsse und dass man den Gastwirten freundlich Rat darüber erteilen wolle, welche Gäste es zu meiden gelte und wie man sich gegen diese "wehren" könne. Im Nächsten Schritt wird der "Rat" dann aber zur Druck und Zwang eskaliert. Aus einem in freiem Ermessen ausübbares Hausrecht versucht man, Gruppenzwang und soziale Kontrolle aufzubauen, wie er für ehrenwerte Gesellschaften aller Art von Cosa Nostra zu Cosa Rossa (kommunistische Hegemonialstrukturen in Italien bis ca. 1990) und vormoderne Ehrenmordgesellschaften charakteristisch ist. All dies im Namen eines Schutzes der Demokratie vor angeblichen Feinden, die man in eklatanter Verletzung des Verbotes der weltanschaulichen Diskriminierung (Art 3 GG) eigenmächtig in einem privaten Verfahren verurteilt und bestraft. Es wäre Zeit für ein Gegenbündnis und eine Sammelklage von bedrängten Gästen, Wirten, Brauereien und Verbänden.

29. März 2016